



Protokollauszug

Sitzung	Rat der Stadt Norderney
Status:	öffentlich
Datum	19.07.2018

TOP 16. Einwohner- / Einwohnerinnenfragestunde

a) Herr Luttmann erkundigt sich nach dem weiteren Fortgang beim Bebauungsplan Nr. 4 (Innenstadt-Nordost). BM Ulrichs antwortet, dass eingegangene Stellungnahmen bisher nur intern bewertet worden seien. In einer öffentlichen Sitzung des Fachausschusses Ende August werde voraussichtlich darüber berichtet.

b) Herr Luttmann fragt, ob nach dem einige Jahre zurückliegenden Vortrag von Prof. Pott über Pflanzen auf der Insel etwas gegen schädliche Pflanzen unternommen worden sei (entfernen, dezimieren etc.). BM Ulrichs antwortet, dass die Nationalparkverwaltung die Pflanzenwelt sehr genau im Blick habe. So werde z. B. das Nadelkraut bekämpft. Man habe leider kaum Möglichkeiten, gegen Pflanzen auf privatem Grund und Boden vorzugehen.

c) Herr Luttmann regt an, ein Gespräch mit Prof. Pott und Verantwortlichen der Insel, des NLWKN und des Domänenamtes zu führen. Die damalige Darstellung des Fachmanns sei erschreckend gewesen. BM Ulrichs antwortet, dass er den Vortrag von Prof. Pott gehört habe. Er notiert sich den Hinweis.

d) Herr Jentsch erkundigt sich, ob hinsichtlich der „Gartenstadt“ schon das Bauleitverfahren laufe. Dipl.-Ing. Meemken antwortet, dass schon der Einleitungsbeschluss und die frühzeitige Beteiligung erledigt seien. Der nächste Schritt sei die öffentliche Auslegung.

e) Herr Geismann fragt im Zusammenhang mit der Frage von Herrn Luttmann unter b), warum solchen Fachleuten kein Gehör geschenkt werde. Vermehrt sei von der TDN wieder die Kartoffelrose angepflanzt worden. BM Ulrichs antwortet, dass für ihn die Kartoffelrose nicht unter die sogenannten Neophyten falle. Die Pflanze werde seit Jahrzehnten angepflanzt. Es stimme nicht, dass man der Meinung von Fachleuten kein Gehör schenke. In den letzten Jahren habe man viel gegen bestimmte Pflanzen unternommen.

f) Frau Extra spricht die FDP-Ratsmitglieder an. Sie verstehe nicht, warum diese Wahlwerbung mit einem offenen Rathaus und Bürgerbeteiligung machten und nun trotz des Vorliegens von mehr als 800 Unterschriften gegen eine Bürgerbefragung stimmten. RV Hahnen führt aus: „Es war eine demokratische Abstimmung. Wir haben so abgestimmt, wie wir das für richtig halten, und ich denke nicht, dass wir uns dafür rechtfertigen müssen.“ RM Podein antwortet, dass sich alle vier Ratsmitglieder der FDP mit den Unterschriften und dem Brief der Bürgerinitiative beschäftigt hätten. In keiner Stadt sei allein die Kommune zuständig für Wohnraum. Im Übrigen sei es nicht richtig, wenn Frau Judel sage, dass es keine öffentliche Zustimmung für das Projekt „Gartenstadt“ gegeben habe. Bei einem öffentlichen Termin auf dem fraglichen Grundstück mit Herrn Bergmeyer hätten sich genügend junge Norderneyer für das Bauen in der „Gartenstadt“ interessiert.

g) Herr Johannesdotter erkundigt sich hinsichtlich TOP 11, ob das ehemalige Verwaltungsgebäude des Seehospizes schon verkauft sei und wer der „Vorhabenträger“ sei.

BM Ulrichs antwortet, dass das Gebäude seines Wissens nach verkauft worden sei. Einen Namen dürfe er nicht nennen. Herr Johannesdotter fragt, ob BM Ulrichs dieser Person zutraue, das Denkmal tatsächlich zu erhalten. BM Ulrichs antwortet, dass man mit dem Käufer einen städtebaulichen Vertrag schließen werde, um die Interessen der Stadt Norderney zu wahren. Man werde im Blick behalten, ob die Auflagen erfüllt würden.

h) Herr Johannesdotter stellt fest, dass in der Ellernstraße der Zaun neben dem Surfcafé vor einem Jahr weggenommen worden sei, so dass das Dünengelände ungeschützt sei. Er rät insbesondere vor dem Hintergrund von Großveranstaltungen am Strand dazu, dem durch einen Zaun entgegen zu treten. BM Ulrichs antwortet, dass es sich um ein Landesgrundstück handele. Er werde prüfen, ob Maßnahmen hier sinnvoll seien.

i) Frau Gottschalk stellt sich als Mitarbeiterin des Weltladens vor und bedankt sich für den positiven Beschluss hinsichtlich der Fair-Trade-Stadt.

j) Herr Luttmann fragt, ob der Käufer des Verwaltungsgebäudes beim Seehospiz von der Stadt wegen der Auflagen durch die Denkmalschutzbehörde unterstützt werde, damit die Preise nicht „explodierten“. BM Ulrichs antwortet, dass das Gebäude in Kenntnis der Denkmaleigenschaft erworben worden sei. Auch sei dem Käufer die Festlegung einer sozialen Nutzung im Bebauungsplan bekannt gewesen. In Sachen Denkmalschutz könne Norderney nur bedingt Einfluss nehmen, weil der Landkreis zuständig sei. Dipl.-Ing. Meemken ergänzt, dass er bisher keine Rückmeldung vom Vorhabenträger bekommen habe, Schwierigkeiten mit seinem Kostenplan zu haben.

k) Frau Thiemann ist aufgefallen, dass das Leitungswasser in den letzten Wochen getrübt sei als sonst. Wasser z. B. in der Badewanne sehe deutlich dunkler aus. Sie fragt, wie die Wasserversorgung und Wasserqualität gewährleistet werde, wenn die Trockenheit anhalte. BM Ulrichs antwortet, dass die Trockenheit nicht zu Farbveränderungen führe. Die Süßwasserlinse habe ein Volumen von mehr als 30 Mio Kubikmetern. Der im Zuschauerraum anwesende GF Schönemann ergänzt, er habe es im Frühjahr aufgrund der starken Regenfälle erlebt, dass das Wasser an der Dünenkante aus der Wasserlinse wieder herausgedrückt worden sei. Jeden Tag würden im übrigen Wasser-Proben entnommen, und die Grenzwerte seien eingehalten. Frau Thiemann müsse sich keine Sorgen machen.

l) Herr Luttmann erkundigt sich, ob das Wasser noch chemiefrei sei oder ob wegen des Farbtons etwas zugesetzt werde. GF Schönemann erklärt, dass keine Chemikalien zugesetzt würden.

m) Frau Oswald merkt an, dass hinsichtlich des Einheimischenmodells „Neuer Polder“ davon gesprochen worden sei, man habe nicht immer die richtige „Zielgruppe“ erreicht. Sie fragt, wie die richtige Zielgruppe bei der „Gartenstadt“ aussehe. RV Hahnen antwortet, dass die „Gartenstadt“ für Bewohner mit erstem Wohnsitz offen stehe.

n) Frau Extra meint, dass es sich bei der von RM Podein unter Punkt f erwähnten Veranstaltung von Herrn Bergmeyer um eine Informationsveranstaltung gehandelt habe, bei der Befürworter und Gegner der Gartenstadt zugegen gewesen seien.

2. stellv. BM Stange bittet RV Hahnen darum, dafür zu sorgen, dass die Vorschriften hinsichtlich der Einwohnerfragestunde eingehalten würden. Alles andere als Fragen gehöre nicht in eine Fragestunde, sondern müsse nach der Ratssitzung bzw. in einem separaten Termin besprochen werden.

o) Herr Buchop erkundigt sich im Zusammenhang mit dem Bebauungsplan Nr. 36, wie weit das Baugenehmigungsverfahren hinsichtlich der Aufstockung des AWO-Gebäudes sei. Dipl.-Ing. Meemken antwortet, dass für das Vorhaben der AWO keine Änderung des Bebauungsplans erforderlich gewesen sei, weil sich die AWO an die Festsetzungen des

Bebauungsplans gehalten habe. Herr Buchop fragt, warum eine Bebauung in dieser „Massivität“ zugelassen werde. BM Ulrichs antwortet, dass nicht aufgestockt werde. Vielmehr werde im östlichen Bereich etwas auf einen vorhandenen niedrig gelegenen Teil aufgebaut. Diese Veränderung werde man nach der Fertigstellung kaum wahrnehmen.

p) Frau Rass fragt RM Podein, ob er den Unterschied zwischen einem losen Zusammenkommen von Menschen und einer Unterschriftenliste mit mehr als 800 Unterschriften sehe. RM Podein antwortet, dass ihm dieser Unterschied bewusst sei.

q) Frau Nuhn meint, dass es auf Norderney heiße, es solle keine Bebauung in zweiter Reihe geben. Mit der „Gartenstadt“ werde nun ein Präzedenzfall geschaffen. BM Ulrichs entgegnet, dass es keine generelle Regelung gebe, in zweiter Reihe solle nicht gebaut werden. Tatsächlich gebe es sogar verschiedene Bereiche auf der Insel mit einer Bebauung in zweiter Reihe.

r) Eine Bürgerin fragt, ob in der Poststraße mehr wegen der Fahrräder in der Fußgängerzone kontrolliert werden könne.

s) Herr Jentsch spricht eine Anzeige in der Zeitung an, in der Schäfer und Schafe erwähnt worden seien. Er fragt RV Hahnen, der zusammen mit 1. stellv. BM Padberg in der Anzeige namentlich genannt worden sei, ob die Anzeige einen privaten Hintergrund habe oder ob sie mit der Funktion der Genannten in der Politik zu tun habe. Ihm sei die Bedeutung der Anzeige nicht klar. RV Hahnen antwortet, dass dies eine rein private Angelegenheit zwischen 1. stellv. BM Padberg und ihm und für andere nicht relevant sei.